

„Am Anfang war ich blauäugig“

PIRATEN Der Münsteraner Pirat Pascal Powroznik über seine Rolle als Einzelkämpfer im Stadtrat, Grabenkämpfe und Tipps für seine frisch gewählten Parteifreunde in Berlin

INTERVIEW ANDREAS WYPUTTA

taz: Herr Powroznik, Sie sind seit 2010 Ratscherr in Münster. Die Kommunalwahl war aber doch 2009?

Pascal Powroznik: Ja. Ich habe mein Mandat von meinem Vorgänger Marco Langenfeld übernommen, der Münster aus beruflichen Gründen verlassen hat.

Klingt nicht sehr professionell. Hat es Sie geärgert, dass Ihr Vorgänger so schnell hingeworfen hat?

Er hat nicht resigniert, es war eine persönliche Entscheidung, die nicht im politischen Feld getroffen wurde. Ein Sitz im Stadtrat ist nun einmal ein Ehrenamt. Auch bei mir kann ein Umzug anstehen, wenn ich mein Studium beende oder sich meine Familiensituation ändert.

In Berlin sind die Piraten jetzt erstmals in einem Landesparlament vertreten. Sie selbst wurden direkt in die schwierigen Haushaltsberatungen hineingeworfen. Was raten Sie Ihren Parteifreunden? Wie haben Sie sich eingearbeitet?

Ich habe versucht, einen Draht zu den anderen Parteien aufzubauen. Die Kommunikation mit den anderen und der Stadterwaltung war aber nicht immer einfach. Am Anfang war ich blauäugig: Von den Grabenkämpfen zwischen den Parteien hatte ich keine Vorstellung.

Wiefern?

Zu unseren Piraten-Stammtischen sind selbstverständlich Mitglieder anderer Parteien eingeladen – und diese Offenheit hatte ich auch von allen anderen erwartet. Deshalb habe ich versucht, die innerparteiliche Meinungsbildung der anderen mitzubekommen und an deren Haushaltsklausuren teilzunehmen. Dass dies nicht üblich ist, war mir gar nicht klar. Ich habe da ein anderes Verständnis von Politik. Geklappt hat's zuerst bei den Grünen und Linken, dann auch bei der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) und der ÖDP. Zum Schluss gab es auch Gespräche mit SPD und CDU.



Noch keine Vorstellung von Grabenkämpfen: Die Piraten bereiten ihre erste Pressekonferenz vor. Foto: dpa

Mit welchem Erfolg?

Ich habe mich unter anderem dafür eingesetzt, dass der Schulrat nicht zusammengestrichen wird – das wurde er auch nicht, obwohl es schon von Schwarz-Rot vereinbart war. Auch den Bürgerhaushalt, bei dem die Münsteraner selbst Vorschläge machen können, wofür Geld ausgegeben und wo gespart wird, unterstützte ich voll. Allerdings bin ich der einzige Pirat unter 81 Ratsmitgliedern – in den Ausschüssen habe ich als Fraktionsloser leider kein Stimmrecht.

Im Wahlkampf haben die Piraten freien Internetzugang gefordert und vor Videoüberwachung gewarnt.

Freifunk, also Internet für alle, setzt vor allem auf das bürgerschaftliche Engagement: Wir appellieren an alle, ihr WLAN passwortfrei zur Verfügung zu stellen, sodass jeder immer überall ins Internet kann – denn das Grundrecht auf freie Kommunikation und Information ist eine Kernforderung der Piraten. Außerdem lassen wir gerade prüfen, ob auf städtischen Gebäuden oder an Bushaltestellen WLAN-Antennen installiert werden können.

Und wie sieht es mit der Videoüberwachung aus?

Die gehörte im ersten Jahr nicht zu meinem politischen Alltag. Wenn Privatfirmen nicht nur ihr Gelände, sondern auch den öffentlichen Raum davor überwachen, halte ich das für ein Problem – aber so etwas wurde bis heute nicht im Rat besprochen, das ist Aufgabe des Ordnungsamts.

Wo stehen Sie in der Energiepolitik und in der Sozialpolitik?

In der Energiepolitik diskutiert der Rat gerade, ob die Stadwerke bis 2020 keinen Atomstrom mehr verkaufen sollen und ob bis 2015 ein Betrieb aller städtischen Gebäude mit Ökostrom möglich ist; Letzteres ist ein Vorschlag aus unserem ersten Bürgerhaushalt. Ich habe damit kein Problem, eine Umsetzung ist wünschenswert. Allerdings muss zunächst geprüft werden, ob das überhaupt möglich ist. Wir Piraten wollen uns nicht wie andere Parteien mit gut klingenden Forderungen profilieren, die hinterher gar nicht umsetzbar sind.

Und die Sozialpolitik?

Vor bisher nicht mein Steckbrief. Auch die anderen Parteien

haben da ihre Fachleute. Im Rat bin ich nun einmal Einzelkämpfer.

Das könnte sich ändern: Umfragen sehen die Piraten bei 8 Prozent.

Die Umfragen hören sich gut an. Bis 2014 ist es aber noch lang. Ob ich bei der nächsten Kommunalwahl antreten werde, wird von meiner persönlichen Situation abhängen. Es wird sich zeigen, ob bis dahin unsere Themen und die neue Art und Weise von Politik von der Parteienlandschaft aufgegriffen worden sind und auch glaubhaft vertreten werden. Ich bin mir aber sicher: Wenn die Piraten in Münster antreten, dann werden sie als Fraktion in den Rat einziehen.

Pascal Powroznik

ist 28 und einer von zwei Stadträten der Piraten in NRW. Er studiert Lehramt mit den Fächern Sozialwissenschaften, Informatik und Medienpädagogik.



Foto: privat

Basis an Partei: Sie haben Post!

FDP Euro-Rebell Schäffler gibt Unterschriften ab. Lindner kündigt Gegenvorschlag der FDP-Spitze an

BERLIN taz | Die Unterschriften für einen FDP-Mitgliederentscheid über den Eurorettungsschirm sind beim Empfänger eingetroffen. Frank Schäffler, FDP-Bundestagsabgeordneter und Wortführer der Initiative, übergab am Montag in der Berliner Parteizentrale die Unterschriften von 3.850 Parteimitgliedern. Und zwar nicht an den Vorsitzenden Philipp Rösler, sondern – der guten Ordnung wegen – an die Bundesgeschäftsführerin Gabriele Renatus. In den nächsten Tagen wird geprüft, ob ausreichend Unterschriften gültig sind. Ernsthaft bezweifelt das niemand.

Wie es nun weitergeht, erklärte anschließend Generalsekretär Christian Lindner. Man habe „geplaudert“ bei der Übergabe, sagte er vor der Presse, und dass es für die FDP ein „Gewinn“ sei, zu diskutieren. Gleichwohl stellte er klar, dass die geleisteten Unterschriften von gerade mal 5 Prozent der Parteimitglieder kommen, und wandte sich an die übrigen 95 Prozent: „Ich fordere die Basis auf, uns den Rücken zu stärken. Eine falsche Entscheidung kann zu unübersehbaren Folgen führen“, warnte er.

Nach Lage der Dinge kann er da zuversichtlich sein. Spätestens nach der Berliner Abgeordnetenwahl vor drei Wochen haben die Liberalen verstanden, dass sie mit forschem Euroskeptizismus ihre Wähler verlieren. 1,8 Prozent führen sie mit ihrem Anti-Euro-Wahlkampf ein; Nutznießer waren die Piraten.

Die FDP-Mitglieder wissen: Einen weiteren Tiefschlag kann sich die Partei in der Koalition nicht leisten. Dass sie im Zweifelsfall klar pro Euro stimmen können, hatten ihre Abgeordneten schon bei der Bundestagsabstimmung über den erweiterten Rettungsfonds EFSF am 29. September gezeigt. Nur drei FDP-Abgeordnete stimmten mit Nein, bei der Union waren es zehn.

Am Montag nun gab Generalsekretär Lindner die neue Kommunikationslinie vor: „Europagegner gibt es in der FDP keine“, erklärte er selbstbewusst. Die Partei müsse jetzt die Frage beantworten, wie sie mit der Eurokrise umgeht. „Es gibt einen Überdruck im Finanzsystem“, sagte Lindner, „wir wollen die Ventile öffnen und kontrolliert Druck ablassen.“ Schäffler und seine Leute hingegen „wollen die Ventile abschlagen“.

Bis zum 24. Oktober wird nun der Parteivorstand einen Gegenvorschlag zu dem von Frank Schäffler initiierten Mitgliederentscheid erarbeiten. Bis Weihnachten sollen die Mitglieder über beide Positionen abgestimmt haben und soll das Verfahren abgeschlossen sein. Hat sich dann mindestens ein Drittel der Mitglieder an der Abstimmung beteiligt, stellt das Ergebnis die politische Beschlusslage der FDP dar und kommt der Entscheidung eines Bundesparteitags gleich. Wird dieses Quorum nicht erreicht, wird das Ergebnis als Mitgliederbefragung gewertet.

ANJA MAIER

Kassenfusion geplatzt

KRANKENVERSICHERUNG Nach der Pleite der City BKK droht jetzt auch der BKK für Heilberufe das Aus

DÜSSELDORF dpa | Die Betriebskrankenkasse (BKK) für Heilberufe steht möglicherweise kurz vor der Schließung. Die Rettung der finanzschwachen Kasse durch eine Fusion mit der „BKK vor Ort“ sei gesplatzt, sagte am Montag ein Sprecher der BKK für Heilberufe und bestätigte einen Handelsblatt-Bericht. Eine Fusion gilt als einzige Möglichkeit, die Kasse zu retten. Im Mai dieses Jahres hatte bereits die Schließung der City BKK zu großen Schwierigkeiten geführt, weil andere Krankenkassen, obwohl sie

dazu verpflichtet sind, die betroffenen Versicherten nicht aufzunehmen wollten.

Sollte nicht noch auf die Schnelle ein anderer Fusionspartner gefunden werden, rechnen er für spätestens Anfang November mit dem Schließungsbescheid des Bundesversicherungsamtes (BVA), sagte der Sprecher. Dann müssten sich alle rund 120.000 betroffenen Versicherten eine neue Kasse suchen. Über einen eventuellen nötigen Versicherungswechsel würden alle rechtzeitig informiert.

ANZEIGE

Jung, eingewandert, ausgebremst

BILDUNG Junge Migranten scheitern in Deutschland eher in der Schule als Einwanderer in Paris, fand das DIW heraus. Allerdings steht ihnen leichter ein zweiter Weg offen – und diese Chance ergreifen sie auch

BERLIN taz | Ideal sind die Bildungs- und Arbeitsmarktchancen für die Nachkommen von Migranten weder in Deutschland noch in Frankreich – doch was den gerechten Zugang zum Bildungssystem angeht, kann Deutschland einer Studie zufolge einiges von seinem Nachbarn lernen. „Französische Migrantenkinder schaffen es viel leichter zum Abitur als deutsche“, sagt die Soziologin Ingrid Tucci. Die Wissenschaftlerin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) hat drei Jahre lang beobachtet, welche beruflichen Karrieren Jugendliche in einer Pariser Vorstadt und in der Berliner Großwohnsiedlung Gropiusstadt einschlagen. Ihr Fazit: Das selektive deutsche Schulsystem bremst Migranten eklatant aus; doch wer zunächst durchfällt, erhält später leichter eine zweite Chance am Bildungs- und Arbeitsmarkt.

Die Studie, die der taz vorab vorliegt, wird am Mittwoch veröffentlicht. Neu an ihr ist vor

allem die untersuchte Zeitspanne: Gemeinsam mit drei Kollegen führte Ingrid Tucci 175 qualitative Interviews in Paris und Berlin und analysierte die Biografien über drei Jahre. „Wir wollten nicht nur den Status quo festhalten, sondern sehen, wie sich Karrieren entwickeln.“ Tucci hat selbst französische Wurzeln und lebt seit fast 20 Jahren in Deutschland.

„Zunächst einmal haben wir gesehen, wie früh die Bildungskarriere in Deutschland in eine einzige Richtung gelenkt wird“, sagt Tucci. „In Frankreich lernt man länger gemeinsam.“ Mit der Zeit sei aber auch deutlich geworden, dass die Einwanderer in Deutschland mehr in die Institutionen vertrauen. „Das ist eigentlich ein Widerspruch, aber es ist gut – denn es schafft ein gewisses Gleichgewicht in der Gesellschaft.“ Wer scheitert, könne später immer noch sein Abitur, einen anderen Schulabschluss oder eine Berufsausbildung nachholen – und ergreife diese

Chance auch. Wer in Frankreich durchs Abitur falle oder von der Realschule fliege, entwickle hingegen oft einen regelrechten Hass auf Staat und Gemeinschaft. Tucci verweist auf die Unruhen in den Pariser Vorstädten, die auf solche Perspektivlosigkeit ganzer Bevölkerungsgruppen gründeten.

„Französische Migrantenkinder schaffen es leichter zum Abitur“

DIW-FORSCHERIN INGRID TUCCI

Diese Möglichkeiten der „zweiten Chance“ in Deutschland gelte es auszubauen, fordert die Soziologin. „Es müssen Personen da sein, die solche Perspektiven aufzeigen.“ Tucci wehrt sich gegen den Vorwurf, die Politik mit solch privatem Engagement aus der Pflicht zu entlassen. Wichtig seien grundsätzlich gemeinsame Anstrengungen, sagt

die. Die Befragungen hätten gezeigt, dass ein Vorstoß allein wenig bringe.

Mentoren, die Migranten in ihrer Jugendphase prägen, müssten nicht unbedingt Lehrer oder Eltern sein; auch ehrenamtlich arbeitende Manager oder andere Menschen aus dem sozialen Umfeld kämen infrage. Gerade in Frankreich habe es sich als positiv erwiesen, wenn so eine Bezugsperson von außen komme. „Viele Migrantenkinder bewegen sich nie aus ihren Vorstädten heraus und lernen nur durch Mentoren oder Betreuer andere Milieus kennen“, erklärt Tucci.

Erstrebenswert wäre, dass sich die sozialen Wirklichkeiten mehr mischen und sich gar nicht erst solche Inseln der Perspektivlosigkeit innerhalb der Stadt bilden. Tucci glaubt allerdings nicht, dass sich dies realisieren lässt: „Die Frage ist, wie man das macht. Welcher Bessergestellte schickt sein Kind schon freiwillig in eine Schule im sozialen Brennpunkt?“

KRISTINA PEZZI

Grünes Geld
Messe mit Vortragsprogramm zu ethischen und nachhaltigen Geldanlagen

15. Oktober 2011
Samstag, 9.30 bis 18.30 Uhr
Historisches Kaufhaus, Münsterplatz
Freiburg im Breisgau

Goldsponsor:
GLS Bank
das macht Sinn

Silbersponsoren:
Stahl und Schreier
LB&W Asset Management

www.gruenes-geld.de
EINTRITT FREI